

(Entwurf)

**Stadtverwaltung Ingelheim am Rhein**  
**Öffentliche Bekanntmachung**

über ein **besonderes Vorkaufsrecht an Grundstücken**  
**für das Plangebiet Bebauungsplan „Stadtzentrum III“**

Der Stadtrat der Stadt Ingelheim am Rhein hat in seiner Sitzung am 11. September 2006 auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. 1994 S. 153) und der §§ 16, 25 und 244 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. 2004 I S. 2414) in Verbindung mit der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. 1998 S. 365), jeweils in der derzeit geltenden Fassung, folgende Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht an Grundstücken für das Plangebiet **Bebauungsplan „Stadtzentrum III“** beschlossen. Die Satzung wird gemäß § 16 Abs. 2 BauGB hiermit bekannt gemacht.

**§ 1**

**Räumlicher Geltungsbereich**

Diese Satzung gilt für den Bereich des Bebauungsplanes „Stadtzentrum III“ im Stadtzentrum der Stadt Ingelheim am Rhein und umfasst folgende Flurstücke in der **Gemarkung Nieder-Ingelheim** :

**Flurstücksverzeichnis ( Stand 11.07.2006 ):**

Gemarkung Nieder-Ingelheim

Flur 8

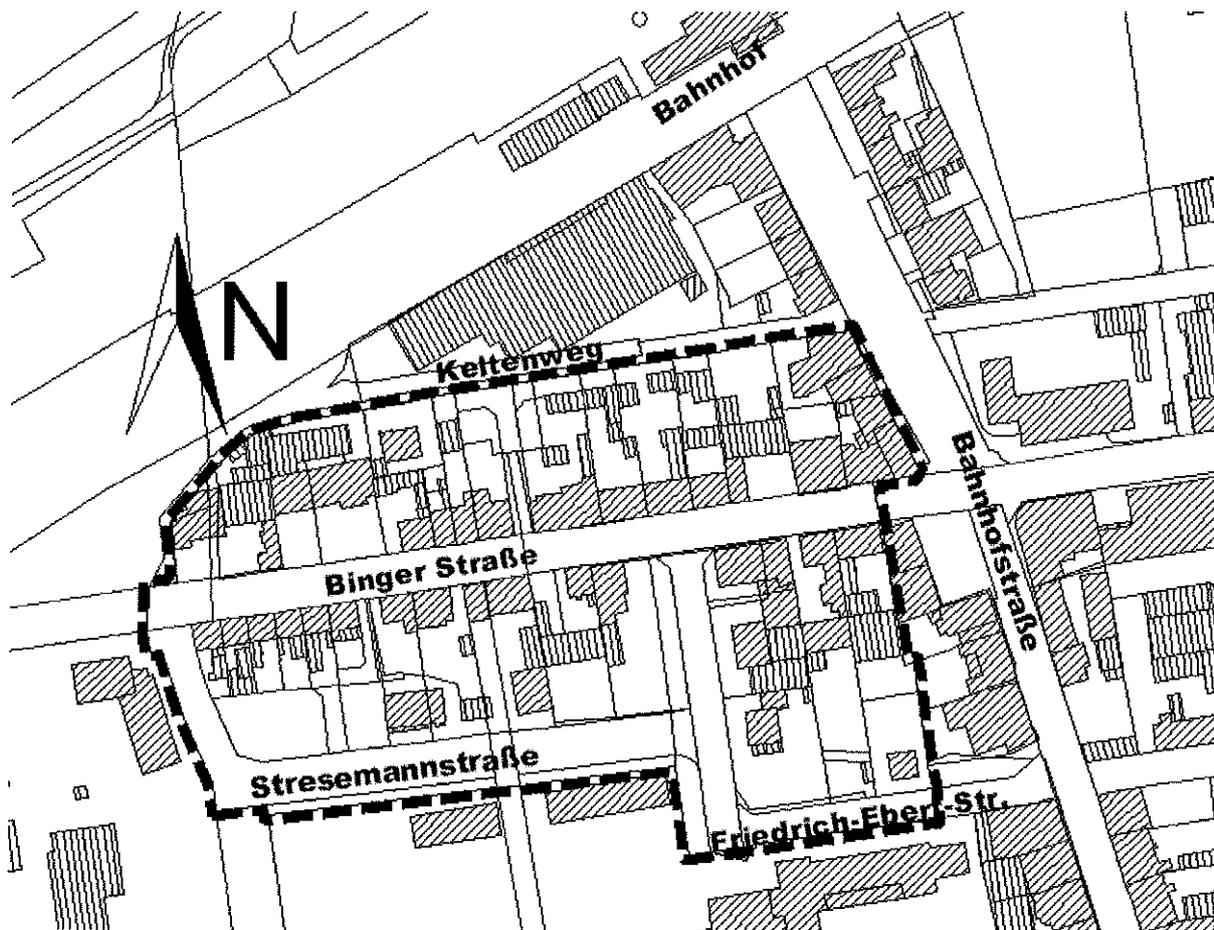
Flurstücke : 246/1, 246/2, 246/12, 246/14, 246/15, 247/1, 247/2, 247/7, 247/9, 247/12, 247/13, 247/14, 248/1, 248/2, 248/3, 248/9, 248/11, 248/13, 248/14, 248/15, 248/16, 249/3, 249/7, 249/8, 249/13, 249/16, 249/17, 249/18, 249/19, 346/3, 349/1, 350;

Flur 22

Flurstücke : 122/6 tlw., 189/1, 189/2, 189/3, 189/4, 189/5, 189/6, 189/7, 192/1, 192/3, 192/4, 192/6, 192/7, 192/8, 192/9, 192/10, 194/2, 194/3;

Flur 23

Flurstücke : 409/1 tlw., 456/1, 457/2, 457/3, 458, 459, 460/5, 460/6, 460/7, 460/8, 461/6, 461/8, 461/9, 461/10, 461/11, 462/2, 462/3, 463, 464, 465/12, 488/12 tlw., 536/2, 537/1, 537/4, 538/1, 538/2, 538/4, 539/1, 539/2, 539/3, 540/15, 540/16, 540/17;



Die vorstehende Planskizze erhebt keinen Anspruch auf Rechtsverbindlichkeit; sie dient dem besseren Verständnis der Bekanntmachung.

## § 2 Zweck

1. Die Stadt beabsichtigt in dem vorbezeichneten Gebiet entsprechend den Zielen der Raumordnung gemäß dem Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe von 2004, dem Landesentwicklungsprogramm LEP III von 1995 und dem Flächennutzungsplan vom 26. September 1996 auf der Grundlage des Eckwertebeschlusses vom 11. April 2005 sowie zu erstellenden Bebauungsplänen städtebauliche Maßnahmen durchzuführen mit dem Ziel, durch Schaffung und Entwicklung eines urbanen Zentrums die städtebauliche Situation zu verbessern.
2. Zur Verwirklichung dieses Ziels ist ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Gebieten im Geltungsbereich dieser Satzung, in denen städtebauliche Maßnahmen in Betracht gezogen werden, zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung erforderlich.

## § 3 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Ingelheim am Rhein, 14. Dezember 2006

*J. Gerhard*

Dr. Joachim Gerhard  
Oberbürgermeister

*Ja. 12.12. 13  
12 06*

**Bestätigung der Ausfertigung :**

Die Legalität und Authentizität des Satzungsverfahrens wird bestätigt. Hiermit wird die vorstehende Satzung zur öffentlichen Bekanntmachung ausgefertigt.

Ingelheim am Rhein, 14. Dezember 2006

*J. Gerhard*

Dr. Joachim Gerhard  
Oberbürgermeister

*Ja. 13  
12 06*

Hinweis :

Nach § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung (GemO) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz oder auf Grund der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der Jahresfrist nach der Bekanntmachung die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Stadtverwaltung unter der Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Ingelheim am Rhein, 14. Dezember 2006

*J. Gerhard*

Dr. Joachim Gerhard  
Oberbürgermeister

*Ja. 13  
12 06*